

Der Volksstaat

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 57.

Freitag, 21. Mai.

1875.

Nationalökonomie.

IV.

Der Werth der Waare.

In der heutigen Zeit, in welcher Jeder seine Arbeitskraft, oder, wenn er auf eigene Rechnung produziert, das Produkt derselben verkauft und mit dem Erlöse wieder dasjenige einkauft, was er gebraucht, taucht stündlich die Frage auf: Was ist wohl diese oder jene Waare werth? Wir sprechen außerdem von dem Werth einer neuen Erfindung, von dem Werth der Freundschaft, von dem Werth einer erhaltenen Nachricht, eines geleisteten Dienstes, vom Werth des Lebens und der Gesundheit; kurzum, wir gebrauchen das Wort „Werth“ alle Augenblicke und müssen uns daher vernünftiger Weise eine klare Vorstellung von dem damit bezeichneten Begriffe machen.

Für jeden Sozialisten aber, für jeden, der den wirtschaftlichen Zusammenhang der menschlichen Gesellschaft, die Ziele und Zwecke der Parteien und Klassen im Staate begreifen will, ist die Klarstellung des Werthbegriffes, der Springpunkt, von dem aus er seine Studien und seine Kritik des Bestehenden beginnen muß.

Es gehört aber viel Philosophie dazu, um das zu verstehen, was man täglich sieht; die Unklarheit, welche bis in die neueste Zeit über den Werthbegriff bestanden hat, und der erst durch Carl Marx ein Ende gemacht ist, bildet eine treffende Illustration zu diesem berühmten Ausspruch Rousseau's.

„Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktion herrscht, erscheint als eine ungeheure Waarenansammlung.“ Wir beschäftigen uns daher zuerst mit der Untersuchung, worin der Werth einer Waare besteht. Die Waare ist ein Ding, ein Besitzgegenstand.

Die Benutzung eines jeden Besitzgegenstandes ist nun eine doppelte. In beiden wird das Ding als solches benutzt, aber nicht in derselben Weise als solches. Der erste Gebrauch ist der direkte, dem Dinge eigenthümliche, der andere dagegen nicht und der Natur des Dinges fremd, wie man z. B. einen Schuh zum Anziehen und zum Tauschmittel brauchen kann. In beiden Fällen wird der Schuh benutzt. Denn wer an einen andern, welcher der Schuhe bedarf, diese für Geld oder Lebensmittel hingiebt, benutzt zwar den Schuh als Schuh, aber nicht in der ihm eigenthümlichen Weise, weil er nicht des Umtausches wegen gemacht ist.

Die vorstehende von Aristoteles vor 2200 Jahren gegebene Erklärung des Unterschiedes zwischen dem Werth eines Dinges für den Gebrauch und dem Werth desselben Dinges für den Tausch gilt noch heute als erster Grundsatz in der Volkswirtschaft. Damals wurde die Waare, der Schuh, nicht des Umtausches wegen gemacht, damals wurde zuerst für den eigenen Bedarf produziert und nur Ueberschüssiges veräußert; heute jedoch wird, und das ist ein Kennzeichen der kapitalistischen Produktion, nur produziert, um das Produkt zu verkaufen.

Jedes Ding nun, welches vertauscht werden soll, muß für irgend einen andern Menschen begehrenswerth sein, muß ein Bedürfnis befriedigen, mag dies Bedürfnis sehr realer Natur sein, wie der Hunger, oder sehr eingebildeter Natur, wie die Ordenssucht. Was absolut unbrauchbar ist, will kein Mensch nehmen; jede Waare muß also zu gebrauchen sein, sie muß Gebrauchswerth haben. Nur Dinge, welche Gebrauchswerth haben, sind Waaren. Aber nicht alles, was Gebrauchswerth hat, ist Waare. Licht, Luft, Sonnenschein, ein Trunk Wasser aus der Quelle sind für alle Menschen Mittel zur Befriedigung sehr realer Bedürfnisse, und doch sind diese Dinge nicht Waaren. Sie sind eben in solcher Menge vorhanden, daß sie für Jeden ohne alle Anstrengung oder Arbeit zugänglich sind; sobald das Wasser aber erst geschöpft und zur Stadt gebracht, sobald zu seiner Erlangung also Arbeit aufgewendet wurde, ist es nicht mehr umsonst zu haben, es hat neben dem natürlichen Gebrauchswerth noch einen durch Arbeit erzeugten Werth erhalten; es ist damit Waare geworden, hat also den Werth einer Waare, den Waarenwerth, Tauschwerth bekommen.

Der Tauschwerth setzt also das Vorhandensein des Gebrauchswerthes voraus; Gebrauchswerth aber, an dem keine Arbeit haftet, kann nie Tauschwerth werden. Arbeit, nützliche Arbeit ist also Vorbedingung des Tauschwerthes.

Worin besteht nun der Tauschwerth selber?

Wenn wir uns das an einem Beispiele klar machen wollen, müssen wir dasselbe in seiner einfachsten ursprünglichsten Form wählen; wir lassen daher den Begriff des Geldes bei Seite und nehmen an, daß der Tausch direkt vor sich gehe, daß also Waare gegen Waare vertauscht wird.

Ein Leinweber hat 20 Ellen Leinwand gewebt, die er nicht selbst gebraucht; ein Schneider hat einen Rock gemacht, den er auch nicht nötig hat; der Leinweber braucht einen Rock, der Schneider Leinwand; sie tauschen ihre Produkte aus, weil beide annehmen, 20 Ellen Leinwand sind so viel werth, wie ein Rock.

Der Weber arbeitet weiter und tauscht sich allmählich verschiedene Waaren gegen Leinwand ein; nehmen wir an, er giebt 20 Ellen Leinwand für einen Tisch, ebenso viel für 100 Pfd. Brod, ebenso viel für 40 Schffel Kohlen und endlich tauscht er sich noch für fernere 20 Ellen Leinwand eine Bibel ein.

Bei jedem einzelnen Tausch ist der Werth der vertauschten Waare gleich groß; wir finden also, daß 20 Ellen Leinwand im Werthe gleich sind einem Rock, ferner einem Tisch, dann 100 Pfd. Brod, 40 Schffel Kohlen und endlich einer Bibel. Zusammenge-
schrieben giebt das folgende Preisencourant:

20 Ellen Leinwand	=	1 Rock
20 " "	=	1 Tisch
20 " "	=	100 Pfd. Brod
20 " "	=	40 Schffel Kohlen
20 " "	=	1 Bibel.

Alle diese Waaren sind Gebrauchsgegenstände, welche ganz verschiedene menschliche Bedürfnisse befriedigen; Brod dient zur Nahrung, Leinwand und Rock zur Kleidung, der Tisch zur Ausrüstung, die Kohlen zur Heizung der Wohnung, die Bibel zur Befriedigung religiöser Gefühle. So verschieden wie ihr Zweck, ist auch der Stoff, aus dem diese Waaren gemacht sind; aber alle stellen sich uns dar als Verbindungen nützlicher Arbeit mit Naturstoffen. Die Verschiedenartigkeit dieser Verbindungen von Arbeit und Naturstoff ermöglicht erst die Austauschbarkeit, denn Niemand tauscht Rock gegen Rock, Leinwand gegen Leinwand aus; nur Produkte verschiedener selbstständiger Arbeiten tauschen sich gegen einander aus, werden Waare.

Untersuchen wir diese Waaren näher, so finden wir, daß in der Leinwand Weberarbeit enthalten ist, welche den, landwirtschaftlicher Arbeit entspringenden Flachs verwandelt hat; im Rock sitzt Schneiderarbeit, Tuchmacherarbeit und Wolle, welche letztere wieder ein durch landwirtschaftliche Arbeit gewonnenes Naturprodukt ist; im Tisch sitzt Tischlerarbeit, forstwirtschaftliche Arbeit und Holz; im Brod sitzt Bäckerarbeit, Mülเลอร์arbeit und Rohstoff von Roggen, der wieder Produkt landwirtschaftlicher Arbeit ist; in der Kohle haben wir Bergmannsarbeit, in der Bibel sitzt Papiermacher-, Setzer-, Drucker-, Buchbinder- und Schriftsteller-Arbeit.

Diese einzelnen Arbeiten sind aber so verschiedener Natur, daß man in ihnen nichts Gemeinsames zu erkennen vermag, als das Eine, daß sie menschliche Arbeit überhaupt darstellen, daß sie nur verschiedene Arten der Betätigung menschlicher Arbeitskraft sind. Der gesunde Mensch kann durch Unterweisung und Übung jede dieser so sehr verschiedenen Arbeiten zu verrichten erlernen; je einfacher und leichter die Arbeit, um so schneller, je complicirter und schwieriger, um so langsamer wird sie gelernt werden.

In all den oben genannten Waaren: der Leinwand, dem Rock, dem Tisch u. s. f. steckt also zwar an sich verschiedene Arbeit, näher betrachtet aber nur ein größeres oder geringeres Quantum allgemein menschlicher Arbeit. Das ist das Einzige, was alle gemeinsam in sich fassen haben; da man aber doch nur Gleichartiges mit einander vergleichen kann, und die Waaren gleichen Tauschwerth haben sollen, so muß das in ihnen stehende Gleichartige, die allgemein menschliche Arbeit, das sein, was wir Tauschwerth nennen.

Es steckt aber in den Waaren nicht bloß Tauschwerth schlechthin, sondern auch eine gleich große Menge von Tauschwerth; es muß also auch in ihnen eine gleich große Menge allgemein menschlicher Arbeit enthalten sein. Die Menge der Arbeit, welche ein Mensch leistet, wird gemessen nach der Zeit, welche er dazu verwendet; wir können also bestimmen, wie viel Stunden Weberarbeit in der Leinwand, wie viel Stunden Schneiderarbeit im Rock steckt. Weberarbeit ist aber von Schneiderarbeit verschieden; landwirtschaftliche Arbeit ist leichter zu erlernen als Schriftstellerarbeit; es steckt gewissermaßen in jeder Stunde, die der Weber oder Tischler arbeitet, noch ein Theil der Zeit drin, die er zur Erlernung seiner Arbeit aufwenden mußte; die Stunde Tischlerarbeit ist also, sagen wir, doppelt so intensiv als die Stunde Arbeit eines Ackerbauers. Noch deutlicher wird dies Verhältniß bei der Schriftstellerarbeit. Letzterer muß Jahre lang die allgemeine Vorbildung genießen, dann Monate lang speziellen Studien obliegen, bis er im Stande ist, ein Werk zu schreiben, dessen bloßes Niederschreiben in wenigen Stunden vollendet ist. In diesen wenigen Stunden sitzen alle übrigen, vorher zum Studium aufgewendeten Stunden mit drin; eine Stunde Schriftstellerarbeit repräsentirt also, sagen wir, zehn Stunden allgemein menschlicher Arbeit.

So lassen sich die einzelnen Arten der Arbeit auf ein größeres oder geringeres Maß allgemein menschlicher Arbeit reduciren; die nach Zeit gemessene Menge allgemein menschlicher Arbeit, welche in der Waare enthalten, in ihr zu fester Form gewonnen ist, bildet den quantitativ bestimmten Tauschwerth.

Der Tauschwerth ist die in der Waare enthaltene „allgemein menschliche Arbeit, gemessen nach Zeit.“

Nehmen wir nun an, unser Weber lasse sich bei Herstellung der nächsten 20 Ellen Leinwand Zeit und gebrauche daher zu ihrer Fertigstellung gerade doppelt so viel Stunden wie sonst; wenn er nun deshalb vom Nachbar Schneider zwei Röcke verlangen wollte, weil doppelt so viel Arbeit in der Leinwand steckt, so würde ihm ungefähr die Antwort werden: Es bleibt sich ganz gleich, wie viele Stunden Du an der Arbeit gefressen hast; durchschnittlich kann man 20 Ellen in x Stunden machen, also haben Deine 20 Ellen Leinwand auch nur den Werth, als ob sie in dieser Zeit hergestellt worden wären.

Nicht die Zeitdauer, welche der Einzelne zur Herstellung eines einzelnen Stücks gebraucht, bestimmt den Tauschwerth, derselbe hängt vielmehr ab von der „gesellschaftlich zur Herstellung der Waare notwendigen Zeit.“

Der Tauschwerth besteht also in der „gesellschaftlich notwendigen, allgemein menschlichen Arbeit, gemessen nach Zeit“ — die in der Waare vergegenständlicht worden ist.

Zur Erläuterung diene noch Folgendes: Gesetzt, es haben sich zu einer Zeit doppelt so viel Weber an die Arbeit gemacht als früher, es ist also auch doppelt so viel Leinwand da, als gebraucht wird; es sinkt ihr Werth, der Schneider verlangt 40 Ellen für seinen Rock, denn es war nur die Hälfte der Arbeit „gesellschaftlich

notwendig“, und es haben daher in diesem Falle 2 Stunden nur so viel Werth, als sonst 1 Stunde erzeugt.

Die Gesellschaft braucht eine bestimmte Quantität Weberarbeit; wird nun doppelt so viel geleistet, so ist die Hälfte überflüssig; man kann aber den einzelnen Ellen Leinwand nicht ansehen, welche von ihnen gerade die überflüssig produzierten sind, daher sinkt der Werth jeder einzelnen Elle so gut, wie der Gesamtwert der ganzen Leinwand, — ein Fall, den Kaufmann, Fabrikant und Arbeiter bei den durch sogenannte Ueberproduktion erzeugten Handelskrisen oft genug kennen gelernt haben.

Verfolgen wir uns in die Zeit zurück, in der nur Handweberei betrieben und daher der Werth der Leinwand höher war als jetzt. Da wird plötzlich eine Maschine erfunden, welche die Arbeit bedeutend verringert; von nun an steckt in der Leinwand wieder nur so viel Tauschwerth, als zu ihrer Herstellung nach der verbesserten Arbeitsmethode Zeit gesellschaftlich notwendig war; nicht die Zeit, welche die Handweber zur Herstellung der Leinwand gebrauchen, sondern die Zeit, welche durchschnittlich zur Herstellung derselben gesellschaftlich notwendig ist, bildet den Tauschwerth.

Durch Einführung der Maschinen ist der Werth einer Menge von Produkten so bedeutend ermäßigt worden, daß die Produktion durch Handarbeit dabei nicht mehr bestehen konnte; das ist ein weiteres erläuterndes Beispiel für die Richtigkeit der Marx'schen Definition des Tauschwerthes.

Wie reimt sich aber, kann man fragen, diese Erklärung mit der Thatsache zusammen, daß ein zufällig gefundener Diamant, ein Goldklumpen doch unbedingt Tauschwerth haben, ohne daß der Erwerb, das Finden, dem Finder irgend welche erhebliche Arbeit gemacht hat?

Scheinbar wird mit diesem Einwurf die Behauptung widerlegt, daß die Naturstoffe keinen Tauschwerth besitzen, aber auch nur scheinbar. Der gefundene Goldklumpen hat denselben Tauschwerth, den eine gleiche durch Arbeit aus der Erde gegrabene Quantität Gold besitzt, nicht mehr, nicht minder. Er hat den Werth, d. h. in ihm steckt genau so viel gesellschaftlich notwendige Arbeit, als man zur Gewinnung einer gleich großen Quantität Gold gebraucht. Wie man der einzelnen Elle Leinwand nicht ansehen kann, ob mehr oder weniger Arbeit in ihr steckt, so kann man dem Gold nicht anmerken, ob es gefunden oder bergmännisch gewonnen ist; selbst wenn man weiß, daß es ohne Arbeit durch Zufall gefunden ist, gilt es doch ebensoviel, wie alles andere Gold, weil der Tauschwerth in der allgemein menschlichen, gesellschaftlich notwendigen Arbeit, gemessen nach Zeit, besteht, welche in der Waare geronnen, festgeworden, zur Arbeitszelle erstarrt ist.

Im Allgemeinen erscheint der Tauschwerth nur bei dem Austausch verschiedener Waaren zwischen verschiedenen Menschen; bei strengem Nachdenken findet man aber, daß selbst ein von allen andern Menschen isolirt lebender Robinson die von ihm erzeugten Gebrauchswerthe in derselben Weise individuell gegen einander abschätzen wird, wie es in der Gesellschaft gesellschaftlich geschieht.

Robinson muß Alles, was er gebraucht, selbst herstellen; er macht also abwechselnd Schneider-, Tischler-, Mülเลอร์-, Bäcker-, landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Arbeit; immer ist es der Mensch Robinson, der diese Arbeiten als verschiedene Arten seiner allgemein menschlichen Arbeit verrichtet. Wenn seine Hütte in Brand geräth, wird er selbstverständlich diejenigen Arbeitsprodukte zuerst zu retten suchen, deren Herstellung ihm die meiste Zeit gekostet haben; er wird also die Werthschätzung seiner einzelnen Besitzgegenstände nach dem Maß seiner in ihnen enthaltenen allgemein menschlichen Arbeit vornehmen. Hat er aber zur Herstellung eines Tisches mit seinem Steinbeil 20 Tage arbeiten müssen, so wird er, sobald er in den Besitz eigener Werkzeuge gelangt ist, den Tisch nicht mehr als das Produkt einer 20tägigen Arbeit schätzen, weil er ihn nun in einem Tage mit Leichtigkeit anfertigen kann.

Auch bei dem isolirt lebenden Menschen hängt das Maß des Werthes nicht von der in dem einzelnen Gegenstande in der That enthaltenen Arbeit, sondern von der zur Zeit der Abschätzung zur Wiederherstellung notwendigen Arbeitszeit ab; lebte Robinson nicht außerhalb aller Gesellschaft, so würde man ohne Zweifel behaupten können, daß er auch ohne zu tauschen den Werth seiner eigenen Arbeitsprodukte untereinander bestimmen würde nach der in ihnen enthaltenen allgemein menschlichen, gesellschaftlich notwendigen Arbeit, gemessen nach Zeit.

Die Marx'sche Erklärung des Werthbegriffes ist somit unbedingt zutreffend, da sie für alle irgend denkbaren Fälle paßt; wir werden sehen, daß die aus dieser Erklärung mit logischer Consequenz abgeleiteten Schlussfolgerungen die wissenschaftliche Begründung und Rechtfertigung der Forderungen des Sozialismus enthalten.

Politische Uebersicht.

— Die Staatshilfe für die Gründer. In der Berliner „Staatsbürgerzeitung“ lesen wir:

„Schon vor mehreren Tagen durchlief die Stadt das Gerücht, das preussische Finanzministerium hätte nicht nur der Berliner Diskontogesellschaft vor mehreren Jahren eine namhafte Summe gegen eine ganz geringe Verzinsung zur Verfügung gestellt, sondern auch verschiedene Millionen aus dem Invalidenfonds in Prioritätsactien der Hannover-Altenbeler Bahn angelegt, in deren Vermögen bereits jetzt ein Verlust von über 11 Prozent, also nahezu der neunte Theil des Gesamtkapitals, eingetreten sein soll. Man schenkte dem Gerüchte keinen Glauben, führte vielmehr seinen Ursprung auf ultramontane Agi-

tionensmandat zurück. Jetzt nun bezeugen wir in den soeben veröffentlichten Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer zur allgemeinen Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1872 folgendem Passus:

„Der Direction der Berliner Discontogesellschaft sind auf Anweisung des Herrn Finanzministers durch die Haupt-Verhandlungskasse aus den Beständen des vormaligen Staatschages am 28. März 1872 drei Millionen Thaler darlehensweise gegen 2 1/2 Prozent Zinsen gezahlt worden; letztere, und zwar von 2,800,000 Thlr. für die Zeit bis zum 15., und von 200,000 Thlr. bis zum 17. Juni 1872, sind mit 17,676 Thlr. 12 Gr. in Einzahlung nachgewiesen. Nach der seitens des Herrn Finanzministers gegebenen Erläuterung handelte es sich im März 1872 darum, den Baarbestand des vormaligen Staatschages, der in Höhe von 26,632,000 Thlr. zur Einlösung der auf den 1. Juli 1872 gekündigten fünfprozentigen Staatsanleihe vom Jahre 1859 bestimmt war, in dieser Zwischenzeit möglichst nutzbar zu machen. Für ein Darlehensgeschäft auf so kurze Zeit war in jener Zeit ein höherer Zinssatz als 2 1/2, Proz. nicht zu erzielen. Nur zu diesem Zinssatz hat damals die Discontogesellschaft zur Entnahme eines Darlehens aus dem Staatschatz sich bereit erklärt und hätte der Verwaltung bei der damaligen Höhe der Bestände der General-Staatskasse nur erwünscht sein können, wenn noch weitere Summen in solcher Weise zeitweise hätten belegt werden können. Die hieran gefallste Frage, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung aus Staatsgeldern an Privatgesellschaften es überhaupt für zulässig erachtet werde — obenein ohne genügende Sicherstellung — Darlehne zu gewähren, ist von dem Herrn Finanzminister noch nicht beantwortet. Der Vorgang ist hier erwähnt worden, weil weiterhin darüber zu befinden sein wird, ob durch eine außerordentliche Verwendung von Staatsgeldern von den Bestimmungen des Staatshaushaltsetats abgewichen worden ist.“

So lautet wörtlich die Bemerkung der Oberrechnungskammer zu der betreffenden Position im Staatshaushalt pro 1872.

Hier haben wir also Schwarz auf Weiß, daß aus dem Säckel der preussischen Steuerzahler Staatsgelder an Privatgesellschaften dargeliehen sind. Daß die Staatskasse, will man von der geringen Verzinsung absehen, keinen materiellen Nachtheil dabei erlitten hat, weil das Darlehen wieder bezahlt worden ist, fällt dabei wenig in das Gewicht; die Bemerkung der Oberrechnungskammer, daß das Darlehen ohne genügende Sicherstellung gewährt worden, genügt, um hinlänglich zu erkennen, daß die Discontogesellschaft sich in arger Verlegenheit befand. Doch ist das, wie gesagt, Nebensache. Die Hauptsache ist, daß eine Privat-Aktiengesellschaft vom Staat eine Subvention von mehreren Millionen Thälern erhalten, ohne daß die Volkvertretung dazu ihre Genehmigung erteilt hat!

Wie wird Hr. Camphausen sich vor der letzteren rechtfertigen, und was werden unsere Volksvertreter zu der Finanzverwaltung sagen, die über den Rahmen des Gesetzes hinaus den Reichen mit Millionen bespringt, während von den Armen und Bedrängten die Nothstandsdarlehne durch den Executor eingetrieben werden? Und was werden unsere Sozialdemokraten für ein Gesicht machen, wenn sie gewahren, daß nicht nur die Noten-Emission für die Reichen und Wohlhabenden vom Staat begünstigt, sondern auch die directe Staatshilfe im eminentesten Sinne des Wortes auf Kosten der Armen im Staate solchen Leuten gewährt wird, welche die Ausbeutung der Gesellschaft systematisch betreiben? Wußte denn Hr. Camphausen nicht, daß wir für die verzinliche Veranlagung von Staatsgeldern die unter Staatsverwaltung stehende königliche Bank haben? War ihm denn nicht in den Sinn gekommen, daß das Seehandlungs-Institut, dessen Präsident ja Hr. Camphausen war und durch dessen Vermittelung er das Geschäft machen ließ, als Staatsanstalt ganz eminent für solche Zwecke geeignet ist?

Hrn. Niquel und Genossen (ob auch Hrn. v. Bennigsen als Concessionär der Hannover-Altenbeler Eisenbahn durch den behaupteten Ankauf der Aktien, ist noch nicht erwiesen) ist damals aus der Verlegenheit geholfen. In welche Verlegenheit müssen aber die Nationalliberalen kommen, daß unter ihrer Herrschaft solche Dinge möglich geworden sind, die man bis dahin im preussischen Staat nicht erlebt hat? Werden sie Hr. Camphausen In demnächst erteilen und die Ober-Rechnungskammer desavouiren? Unmöglich wäre es nicht; denn bei einem großen Theil der Nationalliberalen gelten infolge des corrupten Einflusses, welchen die vielfache Theilnahme derselben an Gräueltaten aller Art auf ihre Ansichten geübt hat, die sogenannten höheren Rücksichten mehr als die klaren Vorschriften des Gesetzes und die ersten Anforderungen der Gerechtigkeit.

Wenn die letzteren die Grundlage der Staatsraison bildeten, dann hätten wir wenigstens den sozialen Frieden; der Sozialismus der Gründer und ihrer Freunde aber bringt und immer weiter ab von jenem Frieden, der eine Hauptbedingung für das Aufblühen unserer Gewerbe und die Förderung des allgemeinen Wohlfandes ist.“

So die „Staatsbürgerzeitung“. Was die „Volksvertretung“ zu diesen Praktiken sagen wird? Nichts — keine Krähe hackt der andern die Augen aus. Und die Sozialdemokraten? Sie schreiben's dem Klassenhaß und dem betr. Hrn. Praktikanten auf's Conto. —

— Kusch! hat ER gesagt, und die kriegskämpfende Meute Agidi's kuschte, so daß „Fingsteln und zu einem Friedensfeste wurde“. Der ER heißt aber nicht Bismarck, sondern „Väterchen“ Alexander, dem das Kriegsführen noch nicht paßt. Als am 4. Dezember vorigen Jahres Bismarck im Reichstag den neuen ER ankündigte, welches Hohngelächter der Nationalliberalen, welche spöttische, freilich schon relativ bescheidene Glossen Bismarcks! Und jetzt — kusch! kusch! —

— Unglückliche Leute. Daß Fürst Bismarck vor Kullmännern keine ruhige Stunde hat, ist bekannt; jetzt erfahren wir, daß auch sein Amanuensis Falk (nach dem Sprichwort: wie der Herr so der Knecht) sich von Attentätern bedroht sieht, und daß sogar König Wilhelm seines Lebens nicht sicher sein soll. Und nicht besser ergeht's dem „besten Freund“ Alexander, der jetzt in Berlin die glückliche Vorsehung spielt. Wir lesen in den Zeitungen:

„Abgesehen von den zahlreichen Schutzeuten, die während der Anwesenheit des Kaisers von Rußland die Gegend „Unter den Linden“ patrouilliren oder da aufgestellt sind, wo der Monarch passieren muß, wird, wie die „Post“ berichtet, das Hotel der russischen Gesandtschaft persönlich von dem Polizeihauptmann Hoppe, 2 Polizeilieutenants, 2 Wachtmeistern, 2 Schutzeuten zu Fuß und 2 Berittenen beobachtet, außerdem sind täglich 60—70 Criminalbeamte in der Nähe des russischen Kaisers in Bewegung, in dessen Gefolge sich 6 russische Criminalbeamte befinden.“

Wahrhaftig, es ist zum Erbarmen! Und lebte jetzt Rousseau, er könnte mit größerem Recht als vor 100 Jahren eine Epistel mit den Worten beginnen: „Wenn ich das Unglück hätte Fürst zu sein.“ — Freilich der „Kisthohn“ ist hoch. —

— Geben ist seliger denn nehmen, sagt die Bibel. Das „evangelische Gewissen“ sagt aber anders. Da lesen wir z. B. in der „Frankfurter Zeitung“ vom 16. d.:

„Schleswig, 12. Mai. Zu den mancherlei „Frictionen“, von denen der Fürst Bismarck heimgejagt wird, gehören bekanntlich auch seine Einschätzungen zu den verschiedenen Steuern. Oft wird er zu hoch eingeschätzt, dann remonstrirt resp. reklamirt er. Als ihm nach dem französischen Kriege die große Lauenburgische Domäne, der Sachsenwald, übereignet wurde, erzählten offiziöse Feinde, dieser Wald sei circa 1 Million Thaler werth, wogegen andere Angaben dahin gingen, daß der Werth nicht 1 Million Thaler, sondern 2 1/2—3 Millionen Thaler betrage. Nach der Votz. f. Schl.-Holz. nun hat die Einschätzungskommission für eine in Lauenburg zu entrichtende Steuer die Einnahme aus dem Sachsenwald auf jährlich 70,000 Thlr. geschätzt, und Fürst Bismarck sofort dagegen remonstrirt resp. reklamirt. Nach derselben Quelle soll die Kommission nicht ohne Weiteres auf die Remonstrations einzugehen geneigt sein, weil der Fürst in einem Jahre für 90,000 Thlr. Holz aus den Waldungen verkauft habe. Ueber die endliche Erledigung dieser Frictionen werden die liberalen Blätter sicherlich besser unterrichtet sein.“

Unsere Leser werden sich über obige Correspondenz nicht wundern. Fürst Bismarck hat schon häufige Proben seines stark entwickelten Eigenthums- und Erwerbsinstincts (der sich politisch als Annexionsinstinct behält) abgelegt und damit sein Verständnis des modernen bürgerlichen Geistes gezeigt. Die Herren Bourgeois wissen, warum sie den Mann verehren. Auch wir haben Respekt vor den bürgerlichen Talenten des genialen Fürsten, glauben auf diesem Gebiet sogar weit mehr an seine Genialität, als auf politischem Gebiet — doch, der Rest heißt Strafantrag des evangelischen Normalgewissens.

— Selbstmorde beim Militär. Nach dem amtlichen Generalbericht für Monat März hat das deutsche Heer in dem einen Monat 199 Mann durch den Tod und darunter 19, in Wunden neunzehn Mann durch Selbstmord verloren. Das ist ein Zehntel aller Todesfälle. Langenschnitzwund und Langenschnitzwund haben je 38, Typhus 25 Opfer gefordert. Bei den zum Tode führenden Krankheiten steht die Langenschnitzwund regelmäßig voran, was darauf schließen läßt, daß die Disposition zu dieser furchtbaren Krankheit schon mitgebracht wird. Es beweist dies, daß die Aerzte bei Untersuchung der Militärsoldaten vielfach mehr Gewicht auf das Lob der Vorgesetzten legen, als auf das Leben der ihnen anvertrauten Menschen.

— Nationalliberale Kulturbüchse. Das „Leipziger Tageblatt“ vom 13. d. enthält folgendes „Eingesandt“:

„Wir können uns nicht versagen, ein am Dienstag hier in einer Privatschule vorgekommenes (wir möchten es nennen) Wahl-Nebencuriosum mitzutheilen. In der gedachten Anstalt hatten sich nämlich die älteren Schüler in — vernünftiger Weise — nur zwei Parteien getheilt, wovon die eine für Goldschmidt, die andere für Debel gestimmt war. Die zuerst in die Klasse gekommenen Schüler gehörten der letzteren Fraktion an und hatten an die Tafel geschrieben: „Wählt Debel“. Nachdem aber die Mitglieder der andern Partei, welche überwiegend mehr Anhänger zählte, die Oberhand gewonnen, wurde von ihr tabula rasa gemacht und als wohlvertheiltes Wahlplacat: „Wählt Goldschmidt“ aufgestellt. Nun hatten sich zwei der stärkeren Schüler, von denen der eine rief: „nur der Pöbel wählt Debel“, an die Eingangstür postirt und fragten jeden neu eintretenden Schüler: „wen wählst Du?“, antwortete er: „Goldschmidt“, durfte er unbehelligt passieren, sagte er aber „Eriegern“, so erhielt er einen leichten Puff, entschied ein Schüler sich aber für Debel, dann setzte es einen starken Puff. Auch ein Zeichen der Zeit!“

Allerdings ein Zeichen der Zeit. Wie die Alten sangen, so zwitschern auch die Jungen, sagt das Sprichwort. Die Söhne der Herren Bourgeois — und nur solche besuchen Privatschulen — sind gerade so roh, wie sie es von ihren Herren Vätern und deren Zeitungen lernen. Das Hauptrecht ist ja das letzte Wort der geistig und sittlich bankrotten Bourgeoisie, deren politisches Ideal sich in die Karastierspiel eines hinterpommerschen Krautjunktlers gesüchtet hat. Ein aber mögen die Herren Bourgeois und Bourgeoisöhne sich merken: das Hauptrecht ist ein Knäuel, der umgedreht werden kann, und obgleich die Sozialdemokraten als gebildete Leute, dem Faust- und Knäuelrecht nicht hold sind, so würden sie doch, wenn sie einmal dazu herabsteigen müßten, gewiß nicht zu kurz kommen. —

Die Leipziger Reichstagswahl, ein Sieg der Sozialdemokratie.

Die Leipziger Wahlkämpfe sind vorbei, die sozialdemokratische Partei ist thatsächlich unterlegen und doch ist, wie auch die Gegner sehr wohl fühlen, diese Niederlage ein Sieg, ein größerer Sieg, als manch anderer positiver Wahlerfolg.

Wer die inneren Verhältnisse Leipzigs kennt, wird das ohne Weiteres zugestehen. Es giebt wohl kaum eine zweite Stadt in Deutschland, in welcher die Bourgeoisie so vorherrscht wie in Leipzig. Ein ungemein zahlreicher Handelsstand, der eine Menge von Comptoiristen und Marktbesitzer beschäftigt, die in direkter Weise von ihren Prinzipalen beeinflusst werden und, was bisher alle Reichstagswahlen bewiesen haben, in der großen Mehrzahl sich als „Stimmvieh“ benutzen lassen; Kleinbürger, die ebenfalls zu einem großen Theil in direkter Abhängigkeit vom Handelsstande sich befinden, und bei politischen Akten ihre „Danbarkeit“ für die Arbeit, die sie von ihm erhalten, bezeugen müssen; eine mächtige gemischte Presse, welche das Verleumdungsgeschäft gegen die Sozialdemokratie mit wenig Skrupeln und vielem Eifer ausübt; endlich die in der Stadt beschäftigten Lohnarbeiter meist von der Wahlkämpfe ausgeschlossen, weil sie in den Dörfern vor der Stadt wohnen — das ist mit wenig Worten eine Kennzeichnung des Bodens, auf dem die Leipziger Sozialdemokratie zu kämpfen hat. Bei der diesmaligen Wahl kamen noch einige bereits in Nr. 51 in dem Bericht unter „Leipzig“ erwähnten Umstände hinzu, welche als ungünstige Momente für die Sozialdemokratie angesehen werden mußten, und deshalb einen bedeutenden Bruchtheil der Gesinnungsgenossen bestimmten, für die Wahlenthaltung in die Schranken zu treten. Das Wahlergebnis hat gezeigt, daß die Wahlenthaltung ein großer Fehler gewesen wäre, und es muß als

*) Die „Nationalliberale Correspondenz“ spricht offen von einem „sozialdemokratischen Sieg“.

ein Beweis guter Parteibildung anerkannt werden, daß von dem Augenblicke an, wo beschlossen war in den Wahlkampf einzutreten, alle Parteigenossen sich diesem Beschlusse unterordneten und ihre ganze Kraft für Erlangung eines möglichst günstigen Resultats einsetzten.

Und welcher Art war dieses Resultat? Ein günstigeres, als bei jeder früheren Wahl. Im Ganzen wurden 12,952 Stimmen abgegeben, also nur 3 Stimmen weniger als bei den allgemeinen Wahlen des vorigen Jahres. Von diesen 12,952 Stimmen erhielt Debel 4018, Dr. Goldschmidt, der national-liberale Candidat 8403, Herr von Eriegern, der Candidat der Conservativen und Ultramontanen nur 731 Stimmen. Wenn trotz dieses handgreiflichen Erfolgs der Sozialdemokratie das „Leipziger Tageblatt“ einen Siegesdumms anstimmt, indem es schreibt: „Dieses Resultat wird nicht verfehlen, in den reichstreuen Kreisen des deutschen Vaterlandes überall die freudigste Genußnahme hervorzurufen. Trotz der ungeheuersten Anstrengungen hat die sozialdemokratische Partei nicht vermocht, den dritten Theil der abgegebenen Stimmen auf ihren Candidaten zu vereinigen“, so weiß Jedermann in Leipzig, daß dieses Stögen in die große Besenne nur die allgemeine Niederlagegeschlagenheit verdecken soll, welche das Wahlergebnis in den reichstreuen, nationalliberalen Kreisen hervorgerufen hat.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, wohl einsehend, daß die Vogel Strauß-Praxis die drohende Gefahr nicht beseitigt, steht nicht an, im Gegensatz zum „Leipziger Tageblatt“ ihrer unangenehmen Ueberraschung über das „abermächtige“ Wachstum der Sozialdemokratie, das sie nach den „halb jaghaften“ Erklärungen Debel's bei Gelegenheit der Frage, ob wählen oder nicht, nicht erwartet habe, unerschöpflichen Ausdruck zu geben. Beiläufig bemerkt, war Debel weder halb noch ganz jaghaft, das dürfte sein persönliches Aussehen in der Wahlagitation in unzweifelhafter Weise dargehen haben. Er bewährte die Behauptung auf Grund einer erst letzten Anwesenheit, und erklärte sich sofort bereit die Candidatur anzunehmen und sein Möglichstes in dem Wahlkampfe zu thun, nachdem gewichtige Einwände seine Ansicht erschütteret, und die Majorität sich gegen dieselbe ausgesprochen.

Aber eine bloße Darlegung der Zahlenverhältnisse der letzten Wahl genügt nicht, um den bedeutenden Erfolg der Sozialdemokratie in's rechte Licht zu setzen, und die gemischte Presse wird sich hüten, diese Selbsterhellungsarbeit vorzunehmen. Thun wir sie also. Bei der diesmaligen Wahl wurden, wie bemerkt, 12,952 Stimmen, bei der vorigen 12,955 Stimmen abgegeben. Bei der Wahl im Januar 1874 erhielt die nationalliberale Partei 9222 Stimmen, bei der diesmaligen 8203, sie hat also einen Verlust von 1019 Stimmen aufzuweisen. Die Sozialdemokratie erhielt 1874 3651 Stimmen, diesmal 4018, sie hat also einen Gewinn von 367 Stimmen. Die conservativ Partei, die bei der vorletzten Wahl mit den Liberalen wählte, erhielt 731 Stimmen, die ebenfalls auf's „reichsfeindliche“ Conto zu setzen sind. —

Das Geschrei von dem „Rückgang“ der Sozialdemokratie stellt sich nicht bloß als Lüge heraus, nein, die Sozialdemokratie hat einen Fortschritt aufzuweisen und die Segner'schaft, die Bourgeoisie, ist es, die in einer der bedeutendsten Domänen des Nationalliberalismus einen ungemein empfindlichen Rückschlag zu verzeichnen hat. —

Die Leipziger Bourgeoisie hat am 10. Januar 1874 den Tag ihres höchsten Triumphes gefeiert, indem sie auf ihren Candidaten 9222 Stimmen vereinigte. Sie ist seitdem im Rückgang begriffen, und an der Sozialdemokratie ist es, ihr möglichst bald den Sarg zu machen. Hätte die Leipziger Bourgeoisie die Wahlmittel, welche ihre soziale Stellung ihr in die Hand geben, nicht auch diesmal in der rücksichtslosesten Weise angewandt und den schwersten Druck auf alle von ihr abhängigen Wähler ausgeübt, sie würde ohne Zweifel noch einige tausend Stimmen weniger gehabt haben und die Sozialdemokratie die gleiche Zahl mehr. Vielleicht wäre schon jetzt die Sozialdemokratie als Siegerin aus der Urne hervorgegangen, wenn dieser Terrorismus nicht ausgeübt worden wäre.

Hierzu ist noch in Rechnung zu stellen, daß wie früher so auch diesmal eine Menge Wähler nicht in den Listen standen, wodurch der Sozialdemokratie sehr viele, den Gegnern nur wenige Stimmen verloren gingen; daß sich bei den Reservierungen viele hundert wahlfähiger Männer befanden, die in der Mehrzahl für die Sozialdemokratie gestimmt hätten. Dann aber hat die Sozialdemokratie selbst keineswegs die „ungeheuersten Anstrengungen“ gemacht, wie das „Leipziger Tageblatt“ ihr andichtet. Wir erkennen dem Opfermuth und die Rührigkeit unserer Parteigenossen vollkommen an, aber unleugbar ist, daß in Bezug auf die so wichtige Bezeichnung der Wähler über die Ausübung des Stimmrechts, in Bezug auf Maßnahmen gegen Beeinträchtigungen der Arbeiter durch ihre Prinzipale, was mit Rechtigkeit hätte geschehen können, so gut wie nichts geschehen ist, und diese Unterlassungsfälle hat uns einige hundert Stimmen gekostet. Auch war die wirkliche Wahltagungszeit so kurz bemessen, daß in dem Moment, wo die Massen begannen in Fluß zu kommen, bereits der Wahltag herangekommen war; zwei oder drei Tage mehr Zeit hätten uns einen großen Stimmenzuwachs eingebracht.

Indes wie können mit dem Resultat sehr zufrieden sein, und diese Ansicht war die allgemeine in der am Wahltag Abend im Bellevue stattgehabten Zusammenkunft der Parteigenossen, wo man das Wahlergebnis entgegennahm. Allgemein war auch der Entschluß, das gewonnene Resultat nach Kräften auszunutzen, in der Agitation nicht zu ermüden und namentlich durch umfassende Thätigkeit auf dem Gebiet der communalen Angelegenheiten dem Kleinbürgerthum zu beweisen, daß es sein Interesse sei, Hand in Hand mit der Arbeiterklasse gegen die ausbeutende Macht des Großkapitals anzukämpfen, und zwar auf sozialem, politischem und communalen Gebiete. Thatsache ist, daß viele Kleinbürger für die Sozialdemokratie stimmten, während nicht wenige Arbeiter feige und charakterlos genug waren, sich als Stimmvieh der Bourgeoisie benutzen zu lassen.

Noch nach einer andern Seite hin hat die diesmalige Leipziger Reichstagswahl ihre Bedeutung. Bei der vorigen Wahl behauptete der Liberalismus, die 3651 sozialdemokratische Stimmen seien zum guten Theil der partikularistischen Partei zu verdanken, die mit der Sozialdemokratie gestimmt habe. Diesmal hatte diese Partei ihren eigenen Candidaten, und die 731 Stimmen, die sie inclusiv der 82 ultramontanen Stimmen, die bei der vorigen Wahl auf einen ultramontanen Candidaten fielen, erhielt, beweisen, daß wenn die partikularistische Partei 1874 mit irgend einer andern Partei stimmte, dies mit der nationalliberalen geschah. Die nationalliberale und die partikularistisch-ultramontane Partei zusammen genommen, haben diesmal nicht die Stimmenzahl erreicht, die 1874 der nationalliberale Candidat allein erhielt, sie bleiben noch um 288 dahinter zurück. Dagegen erhielt die sozialistische Partei, die sich durch ihre Redner in den Wählerversammlungen offen als

Feindin des jetzigen Reichs und Verhinderin der Commune erklärte, 367 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl.

Die dargelegten Thatsachen beweisen das Richtige der Ueberschrift dieses Artikels. Die Leipziger Reichstagswahl ist ein Sieg des Sozialismus, eine Niederlage des Nationalliberalismus, ihm beigebracht in einer seiner stärksten Festungen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Coburg. (Tel.) Den Schuhmachern Deutschlands die freundliche Nachricht, daß die Einigung auf dem Congreß in Coburg vollzogen ist. Bod. Deter.

Hofha. Entgegnung auf das Raisonement von Schäfer in Leipzig. Es ist nicht unsere Absicht, den Kollegen Schäfer eines Besseren zu belehren, wir überlassen dies vielmehr jenen Sachkundigen, mit denen Colleague Schäfer Rücksprache nimmt. Zweck dieser Zeilen soll sein, die Beschuldigungen und Angriffe in dem betreffenden Artikel zurück zu weisen. Wir haben uns bei Gründung des Circulars nicht nach den Holzarbeitern gerichtet, sondern wir erkannten es einfach für notwendig, daß bei der Ausdehnung, welche unsere Gewerkschaft gewonnen, ein solches Circular geschaffen werden mußte, in dem alle Abrechnungen, wichtigen Beschlüsse und Bekanntmachungen allen Mitgliedern zugänglich gemacht wurden, was durch den „Volkstaat“ nicht erreicht wurde, und wodurch es leider nur zu oft Anlaß zu Beschwerden wegen Nichterhaltung der Beschlüsse und Bekanntmachungen gab. Ferner ist das Mißtrauen der Arbeiter in das Kostenwesen noch sehr groß und ein mächtiger Hemmschuh für unsere Entwicklung; diesem Mißtrauen wird aber dadurch begegnet, wenn jedes Mitglied die Abrechnung vor sich hat und dadurch selbst einen Einblick in die Verwaltung gewinnt, ja es wirkt ein solches Circular agitatorisch, wenn die Cassenverhältnisse günstig und dies jedes Mitglied schwarz auf weiß sieht. Daß Colleague Schäfer, der Mitglied des Ausschusses ist, durch das Erscheinen des „Weder“ so höchlichst überrascht wurde, will uns nicht recht in den Kopf, da wir mehrere Wochen in dieser Angelegenheit mit demselben correspondirten.

Nach unerklärlicher aber sind die Worte: „Trotz alledem wurde die Sache durchgesetzt“. Von „durchsetzen“ kann hier gar keine Rede sein, wir haben eine Urabstimmung darüber angeordnet und wurde mit überwältigender Majorität das Erscheinen des Circulars beschlossen. Von sämtlichen abgeordneten Stimmen, die uns gemeldet wurden, war eine einzige in Coburg dagegen. Der beste Beweis, daß es Bedürfnis war. Warum aber nachträglich daran nörgeln, dagegen rasoniren? — Was nun den Unterschied, den der Verfasser jenes Artikels selbst gering anspricht, zwischen Circular und „Weder“ betrifft, so ist derselbe kaum der Rede werth. Das Circular erschien in einfachem Format in der Größe, daß, wenn es zusammengebrochen wurde, es die Größe des „Weder“ um eine Fingerbreite erreichte. Jeden Kollegen wird nun die technische Einrichtung des „Weder“ besser als die des Circulars befriedigen, natürlich mit Ausnahme Schäfers. Da nun der Preis nur 4 Thlr. betrug und wir, wenn das Circular in den „Weder“ umgewandelt wurde, auch das Abonnement darauf eröffnen konnten, so rechneten wir, daß, wenn nur 60 Abonnenten auf den „Weder“ abonnierten, wir, ohne auch der Gewerkschaft nur einen Pfennig Kosten zu verursachen, das Circular mit dem Letzteren vertauschen könnten. Und in der That, unsere Erwartungen haben sich erfüllt, es sind augenblicklich 70 Abonnenten und das Abonnement ist im Steigen begriffen. Dies ist jedoch um so höher anzuschlagen, als die Abonnenten mit geringen Ausnahmen in Berlin, Bremen, Hamburg etc. sind, das Blatt also nur von unseren Kollegen des Allgemeinen Schuhmacher-Bereins gelesen wird. Und dies war der Hauptgrund, weshalb der „Weder“ geschaffen wurde: er soll den Kollegen des Schuhmacher-Bereins einen Einblick in unsere Gewerkschaft gewähren; er soll die Brüste schlagen, auf der die Einigung vor sich geht, und er soll Angriffe und Verleumdungen, an denen es gegen die Gewerkschaft nicht fehlt, zurückweisen. Nun wird Colleague Schäfer aus den Abrechnungen ersehen, daß die Mitglieder den Werth des „Weder“ erkannt haben und diesen nach Kräften unterstützen, so daß die Kosten, welche die Hauptlaste zuliegt ganz gering sind. Die praktische Bedeutung des „Volkstaat“ wird kein denkender Colleague verkennen. So lange die Gewerkschaften klein waren, genügte derselbe; bei der jetzigen Ausdehnung, welche dieselben gewonnen haben, ist der „Volkstaat“ nicht im Stande, wollen sämtliche Gewerkschaften denselben als ihr Organ erklären, allen zu dienen, wenn nicht der wahre Zweck des „Volkstaat“ gefährdet werden soll. Da helfen keine hypanthetischen Behauptungen und Klagen, die auch nicht angebracht sind; im Gegentheil sollte dies Anlaß zur Freude geben, wenn diese und jene Gewerkschaft so erkrankt ist, daß sie selbständig auftreten kann und, eingedeckt der hohen Pflicht, die Arbeiter im wahren Sinne des Wortes als Menschen zu erziehen sucht. Auch wird es sehr fraglich sein, ob bei der Vereinigung beider Parteien der „Volkstaat“ wie der „Neue Sozialdemokrat“ Hauptorgane der Partei bleiben, oder ob nicht, was sehr wahrscheinlich ist, aus beiden Blättern ein einziges Hauptorgan der deutschen Arbeiterpartei entsteht und erstere nur noch als Lokalorgane für Berlin und Leipzig fungiren. Uns gebietet der Selbsterhaltungstrieb diese Vorgänge zu erwägen, was uns, wenn dies nicht geschieht, wieder von anderer Seite den Vorwurf zuziehen könnte, wir wüßten die Zeit nicht zu würdigen. Ist doch auch in dem Artikel: „Zur Einigung auf gewerkschaftlichem Gebiet“ in Nr. 41 des „Volkstaat“ gesagt, daß ein politisches Parteiblatt für die Gewerkschaften nicht genüge.

Der „Volkstaat“ wird gern ein paar Abonnenten verschmerzen (obwohl ich beweise, daß durch den „Weder“ bis jetzt nur ein einziger verloren ging), wenn nur der Arbeiterbewegung überhaupt Vorschub dadurch geleistet wird, und daß dies geschieht, will ich beweisen. Ich behaupte Kühn, daß in unserer Gewerkschaft höchstens 250—300 Exemplare des „Volkstaat“ gelesen werden, dabei sind mit eingerechnet die Exemplare, welche jede Mitgliedschaft verpflichtet ist zu halten. In vielen Mitgliedschaften hält nur der Bevollmächtigte ein Exemplar, und zwar aus der Kasse. Angenommen nun, der Bevollmächtigte hätte die Absicht, in den Mitglieder-Versammlungen diesen oder jenen gediegenen Artikel oder die Beschlüsse und Bekanntmachungen der Verwaltung vorzulesen, so wird mir Jeder, der Erfahrungen in dieser Beziehung gemacht hat, Recht geben, daß die Mitglieder fast gegen jede Vorlesung eingenommen sind, und besonders, wenn der vorzulesende Artikel schwer verständlich ist. Es ist Thatsache, daß Vorlesungen, wenn sie bekannt gemacht sind, gar spärlich besucht werden. Das ist nicht übertrieben. — Das Circular des „Volkstaat“ geschieht in den allerwenigsten Fällen und oft auch dann nur ungenügend. Betrachten wir nun den Nutzen eines eigenen Organs. Der Kasstengeist ist nun leider einmal noch vorhanden und läßt sich auch nicht so leicht beseitigen, als Schäfer und seine Sachverständigen glauben mögen.

Die Mitglieder, gleichviel ob Goldarbeiter, Buchdrucker oder

Schuhmacher u. s. w. greifen begierig nach dem Blatt, daß ihren Titel trägt, und wenn nun ein solches Blatt oder Blättchen die Genossen durch Besprechung der Vorfälle auf sozialem Gebiet zum Nachdenken und zum Klassenbewußtsein bringt, wenn es ihnen die ganze Biederlichkeit der Harmonievorrede zeigt, wenn es die Genossen immer wieder zum Lesen sozialistischer Broschüren und Zeitungen auffordert und ermahnt, wenn es mit einem Wort die Genossen, soweit die Verhältnisse dies nur irgend gestatten, für die Arbeiterbewegung reif zu machen sucht, dann behaupte ich, daß 2000 Exemplare eines solchen Blättchens, selbst wenn es auch nicht bietet, was der „Volkstaat“ bietet, der Arbeiterbewegung förderlicher sind, als einige Exemplare des Letzteren, welche in mehr oder minder erregten Versammlungen vorgelesen und nicht verstanden werden. Für mich ist der „Volkstaat“ das liebste und beste Blatt, das ich je gelesen, und wenn alle Kollegen von demselben Geist besetzt wären, so würde kein anderes Blatt in unserer Gewerkschaft aufkommen; allein, das sind Ansichten, die der Wirklichkeit nur noch zu sehr widersprechen. Jedem ganzen Artikel scheint denn auch ein ganz anderer Zweck zu Grunde zu liegen, der sich unschwer errathen läßt.

Es ist dem Kollegen Schäfer absolut nicht um das Geld zu thun, das der „Weder“ kostet, denn er sagt: „Lieber 200 Thlr. für Agitation, als 100 Thlr. für den „Weder“. — Nun kostet aber der „Weder“ keine 100 Thlr., sondern wird durch freiwillige Steuern und vom Abonnement fast ganz gedeckt, während wir, wenn wir zu einem Agitationsfond aufforderten, keinen Pfennig bekämen. Wiederum ein Beweis, daß der „Weder“ Bedürfnis ist.

Noch sonderbarer ist es aber, daß Colleague Schäfer, der ein entschiedener Gegner der „Union“ war, erklärte, er hätte dann lieber für die obligatorische Einführung der „Union“ gestimmt, als für den „Weder“. Warum nicht bei dem „Volkstaat“ bleiben? Dies zeigt recht deutlich die Boreingenommenheit. — Obwohl wir (die Verwaltung) nicht so schroffe Gegner der „Union“ waren und sind, wollten wir doch das Rechenexempel, welches uns die „Union“ gekostet hätte und was der „Weder“ kostet, hier aufführen. Die „Union“ hätte uns bei 2500 Mitgliedern jährlich 1000 Thlr. gekostet, während der „Weder“ 168 Thlr. und bei monatlich zweimaligem Erscheinen 336 Thlr. kostet. Wie dies mit der Frage Schäfers stimmt oder in Einklang zu bringen ist, wenn er ausruft: „müssen denn so viele Gelder für ein so kleines Blättchen verausgabt werden?“ ist mir nicht klar, indem die „Union“ nicht viel größer ist als der „Weder“. Wir werden, wenn die Generalversammlung beschließt, den „Weder“ einzugehen zu lassen und die „Union“ obligatorisch einzuführen, dem nicht entgegenzutreten, halten uns aber auch für verpflichtet, alle Bedenken für und gegen laut werden zu lassen. Mag Colleague Schäfer sich nur bei der Metallarbeiter- und Maurer- und Zimmerer-Gewerkschaft erkundigen einziehen und er wird erfahren, mit welcher unendlichen Schwierigkeiten die Verwaltungen in dieser Beziehung zu kämpfen haben. Es liegen gerade vor jenen Gewerkschaften Anträge vor, die obligatorische Einführung der „Union“ wieder abzuschaffen.

Wenn nun Colleague Schäfer kein Vorwärtschreiten in den Gewerkschafts-Organen erblickt, so rufe ich ihm entgegen: Was hat den Buchdrucker-Berand, den Eigarrenarbeiter-Berand, den Goldarbeiter-Berand groß gemacht und dieselben in allen Stürmen zusammengehalten? Nichts weiter als ihre Organe. —

Zur Beruhigung für Colleague Schäfer möge dienen, daß, obgleich ich meine Existenz der Sache geopfert habe, und mir es nur unter den schwierigsten Umständen gelingen dürfte, eine neue Existenz zu gründen, ich, trotz einer etwaigen Uebersiedlung, das Letztere vorziehe, mithin die Gewerkschaft „die Umzugsgelder“ für mich erspart, wenn die Verlegung des Borsort beschlossen werden sollte. Persönliches Interesse liegt mir fern, auch bin ich nicht ehrgeizig genug, mein Amt unter allen Umständen behalten zu wollen. Jedensfalls ist es für die Gewerkschaft ein schlechtes Compliment, daß, wenn ich den „Weder“ nicht mehr redigirte, derselbe sein Ende erreichen würde, was ich überdies nicht glaube.

J. A. W. Bod.

Aufruf an alle Schneider Deutschlands!

Bremen. Kollegen! Der Kampf, den wir gegen unsere Arbeitgeber begonnen haben, ist hart, aber fest vereinigt treten wir den unstatthafter Anforderungen unserer Arbeitgeber entgegen; wir stehen fest bis auf den letzten Mann. Unsere Arbeitgeber errichten zwar in größeren Städten Geschäfte, so das Geschäft Roffe und Wolf, vertreten durch den schon in Berlin bekannten Puschneider Klandt, dergleichen das Geschäft Möller, Preuss Nachfolger; beide Geschäfte gedenken von Berlin aus ihre Kundschaft in Bremen zu befriedigen, wir hoffen indes, daß auch nicht ein einziger unserer auswärtigen Kollegen Hand anlegt an die Arbeit, welche wir mit Berachtung zurückgewiesen haben und nicht eher wieder aufnehmen werden, als bis unserer Ehre Genugthuung geschehen und der Kartentritt angezogen ist.

Collegen Deutschlands, unterstützt uns mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln, dann ist der Sieg auch unser!

Anbei die Dritttag über empfangene Unterstützungsgelder. Es gingen ein: Aus Leipzig Markt 15,00, Berlin 165,00, Dorothea 10,30, Bremerhaven 53,00, Düsseldorf 14,00, Bamberg 9,00, Hannover 75,00, Hamburg durch Bauch 63,00, Hamburg 4,80, Rostock 31,60, Harburg 14,00, Osnabrück 50,00, Wiesbaden 16,50, Bremen durch Rohwer 90,00, Agitationskassette des Allg. deutschen Arbeitervereins 29,00, Tischlereiverein 50,00.

Weitere Beiträge sind zu senden an A. Post, Vereinskassier, Handenstraße 25.

Correspondenzen.

Lindenu a. Leipzig. Ein blaues Wunder ist geschehen; Preißer, angeklagt wegen Beleidigung des Lehrers Kluge in Lindenu, ist, nachdem er ohne alle und jede Untersuchung zu 8 Tagen Gefängnis verurtheilt war, in erster Instanz freigesprochen worden. Nun, damit wäre denn wohl den Herren, die von 3—6 Monaten träumten, ein für allemal der Mund gestopft. Wie aber in aller Welt, Herr Kluge, soll Preißer Sie denn beleidigt haben, Preißer der nicht im Entferntesten an Sie gedacht hat, Preißer, der keine Ahnung hatte, daß Sie in der betr. Versammlung waren, Preißer der Sie heute noch gar nicht kennt, und auch gar keine Lust hat, Sie kennen zu lernen, Preißer, der nicht weiß, daß Sie Soldat und so in doppelter Eigenschaft Sieger von Sadoma sind, am allerwenigsten aber, daß Sie Ritter des eisernen Kreuzes sind? (Es handelte sich um das eiserne Kreuz.) Wahrlich, Sie gefährdetes Schulmeisterlein und Alle, die Ihr nichts Besseres zu thun hatten, als den Strafantrag als Fingern zu unterschreiben, solltet Ihr wirklich glauben, Preißer wäre so dumm und spräche in einer Versammlung, um Euch, die Ihr ihm viel zu gleichgültig seid, gleichgültiger als die Frösche im Sumpfe, beleidigen zu wollen? Doch auch Ihr Herren, die Ihr gemeinschaftlich mit dem Sieger

von Sadoma jabet ob der 3—6 Monate, die Preißer nach Excer Berechnung zubüßert waren, sollt der Reichthum überliefert werden, soweit wir uns auf Excer Namen besinnen können. Als erster möge der Lehrer Koffel genannt sein, weiter H. Böche, Schahmachersknecht, der bei der letzten Reichstagswahl uns den größten Saal Lindenaus verschaffte, ferner Herr Goldig, Strumpfwirkermeister, weiter der fortschrittliche Apotheker Caro, der Schuldirector und Wanderlehrer in spa Pacht, der Maurermeister Brömmel, welcher als Zimmermeister unterzeichnet war, und zu guter Letzt, inmitten mehrerer Lehrer, deren Namen uns wieder entfallen sind, Herr Zimmermann Friedrich, welcher, als Preißer noch lebte, von seinen Kollegen auf dem Zimmerplatz der alte — gekannt wurde. Nun, alter Freund, wir wollen den Namen hier nicht wiederholen; denke ein paar Jahre zurück und Du wirst schon wieder selbst darauf kommen. Da wären sie denn, diese Männer! diese Helden von Lindenu!! Und da wir gerade in einer gemüthlichen Stimmung sind, so wollen wir Euch auch noch ein paar Worte von Heinrich Heine nachrufen. Zuvor sei bemerkt, daß es uns gar nicht einfällt, Euch als Denuzianten zu betrachten, im Gegentheil rechnen wir Euch vor wie nach zu den „ehrlichen Leuten“. In 14. Band Seite 59 von Heinrich Heine ist zu lesen: „Sonderbar! Und immer ist es die Religion, und immer die Moral, und immer der Patriotismus, womit alle schlechten Subjekte ihre Angriffe beschönigen.“ Und wollt Ihr was lernen, dann lest das Weitere auf den folgenden Seiten des angeführten Werks in Earem Volksbildungsverein vor, vorausgesetzt, daß Ihr besser lesen könnt als rechnen, worüber wir uns vor der Hand noch kein Urtheil erlauben.

Die Gemeinderathswahlen sind vorüber, und Herr Dr. Göy sucht aus Kezger über seinen Durchfall die Sozialdemokratie zu verläumdern. Heißt es da in einem Artikel des „Lindenu-Platzwiger Wochenblattes“: „Viele Arbeiter, insonderheit sozialdemokratische, haben sich bei der Wahl glänzend als Stimma-Maschine bewährt.“

Wohlan, Herr Dr. Göy, wer sind diese sozialdemokratischen Arbeiter? Heraus mit den Namen. So lange Sie nicht Namen nennen, sind wir gezwungen anzunehmen, daß Sie wieder einmal à la Göy mit der Wahrheit umspringen sind. Akt Tage zuvor schrieb dasselbe Blatt in einem Bericht über eine Einwohner-Versammlung vom 22. April, also 3 Tage vor der Wahl, daß Preißer weder von der Liste des Gemeinnützigen Vereins (Nationalliberale), noch von der Liste des Bürgervereins (Fortschrittspartei) etwas wissen wollte, und darum Wahlenthaltung vorschlug. Und heute, Herr Dr. Göy, nachdem Sie mit Naturforschungsmitgliedern unterlegen sind, schieben Sie Ihren Durchfall den Sozialdemokraten in die Schuhe, anstatt zu begreifen, daß in dem immer mehr wachsenden Lindenu seit Jahren sich ein Großbürgertum herangebildet hat, das auf der andern Seite ein Proletariat bedingt. Begreifen Sie nicht, daß dieses Verhältnis das Herschen der Fortschrittspartei absolut unmöglich macht? Bourgeoisie und Proletariat bilden 2 Wählsteine, zwischen denen Sie sammt Ihrer Fortschrittspartei zerrieben werden, Sie mögen sich sträuben wie Sie wollen. Wenn Sie weiterhin eine Rolle spielen wollen, dann gehen Sie getrost in den Gemeinnützigen Verein, oder suchen Sie sich ein Dorflein, wie Lindenu vor 15—20 Jahren war, wo das trauliche „Da“ noch vorherrschte. Damals konnten Sie wohl den Platz Lindenaus spielen, seitdem sind aber die Verhältnisse so himmelweit verschiedene geworden, daß, wenn Sie nicht mit diesen rechnen wollen, Sie einfach in die Kumpfkammer gehören. Entweder Sie halten es mit den Nationalliberalen, oder Sie gehen mit den Arbeitern; mit den Arbeitern aber haben Sie es schon so gründlich verstanden, daß ihnen dieselben zum Mindesten die Thüre weisen würden. Und so wird die Zeit kommen, wo wir Sie Arm in Arm mit den Herren vom Gemeinnützigen Verein sehen, und warum auch nicht? Sind Sie von der demokratischen Partei auf die Fortschrittspartei gekommen, warum sollten Sie nun nicht auch noch gut genug für die nationalliberale Partei sein? Für Lindenu hat Ihre Partei aufgehört zu existiren, da kann es sich bloß noch um die zwei entgegengesetzten Pole, Bourgeoisie oder Proletariat handeln. Jam Glück hat Lindenu schon ein so zahlreiches Proletariat, daß, erkennt dieses erst seine Klassenlage, es gar keinem Zweifel unterliegen kann, wer die Gemeinde Lindenu künftig verwalten. Nur noch einige Jahre, und die Einwohner werden sehen, daß die Herren Gemeinnützigen es nicht besser machen, im Gegentheil schlechter. Sind die Lindener Einwohner bis jetzt mit Rathen gepöpselt worden, so werden sie nunmehr mit der siebenbürgischen Lage gepöpselt werden. Auf diesem Standpunkt standen wir aber schon vor der Wahl; schon in der Einwohner-Versammlung erklärte wir, daß es lediglich ein persönlicher Streit sei, der jetzt ausgefochten wird, daß es sich nicht um Prinzipien, sondern nur um Standesunterschiede handle. Daß die Rathbälger sich nur darum drehe, wer die Obernachtswächterrolle in Lindenu übernehmen soll, und da könnte es uns sehr gleichgültig sein, ob sie ein Göy oder ein Vogt übernehme. Beide lägen sich brüderlich in den Armen, sobald es Front zu machen gilt gegen die Arbeiter. Alles dies erklärten wir öffentlich. Und Sie, Herr Dr. Göy, so gut wie die Herren Gemeinnützigen, hielten hübsch bescheiden Ihren Mund. Warum traten Sie nicht auf, warum versuchten Sie nicht Preißer zu widerlegen, Sie, der Sie noch in keiner Versammlung, in der Sie anwesend waren, den Mund halten konnten? Sie konnten es eben so wenig als die Herren Nationalliberalen. Und das „kreuziget Sie“, welches in wenigen Jahren den Herren vom Gemeinnützigen Verein zugerechnet werden soll, wie Sie in Ihrem Artikel schreiben, ist von den sozialdemokratischen Arbeitern den Herren Nationalliberalen schon vor der Wahl, genau so wie Ihnen, Herr Dr. Göy, zugerechnet worden. Jeder vernünftige Mensch wird aber hieraus erkennen, wieviel Dreistigkeit dazu gehört, uns sagen zu können: „viele sozialdemokratische Arbeiter haben sich bei der Wahl als Stimma-Maschine bewährt“ und der Liste des Gemeinnützigen Vereins, der in nächster Zeit den Namen Gemeinshädlicher Verein erhalten dürfte, zum Siege verholfen. Und so leben Sie denn wohl, Herr Dr. Göy, wenn auch nicht für immer. Vorandachtlich dürften wir es nun immer seltener mit Ihnen zu thun bekommen, bis schließlich auch Ihre politische Thätigkeit den Weg alles Fleisches gegangen ist. Ein anderer Stand ist an die Spitze getreten, dem das Gemeinwohl aber eben so fern liegt als dem Ihrigen. Beide und reaktionär, Beide sind Vertreter der Klassenherrschaft. Die einzig liberale Partei ist die Arbeiterpartei, sie wird, sie muß siegen, mag ein Vogt oder Göy Obernachtswächter von Lindenu sein.

Großenhain. 11. Mai. Auf Anregung der Großenhainer Parteigenossen fand am 19. Mai im Gasthaus zu Seuffitz eine Besprechung der Sozialisten des 7. Wahlkreises über die Vereinigung statt und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: In Erwägung, daß die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen als unbedingt notwendig anerkannt wird, beschließen die Großenhainer, Reizner und Riesecker Genossenschaft ihre Delegirten zum Vereinigungscongreß zu beauftragen,

und

für Folgendes einzutreten: 1) daß die Vereinigung zwischen den sozialdemokratischen Fraktionen vollzogen werde; 2) daß die gegenwärtigen Organe, „Volkstaat“ und „Neuer Sozialdemokrat“, möglichst bald in ein Hauptorgan verwandelt werden.

J. A. Wilt, Vertrauensmann.

Halle a. S., 20. April. Sonntag den 18. d. M. fand in Merseburg eine von uns einberufene Volksversammlung statt, in welcher bei der Bureauwahl die Liberalen die Majorität hatten, denn man wählte zum ersten Vorsitzenden den Reichstagsabgeordneten Rechtsanwält Wöfel und zum zweiten den Fabrikanten Kramer. Die Tagesordnung war von uns bei der Eröffnung der Versammlung gleich festgesetzt und lautete: „Der Reichstag und die Sozialdemokratie“. Referent war Zwiabler aus Altenburg. Der Herr Vorsitzende belehrte uns aber vor Eintritt in die Verhandlungen, daß die Majorität das Recht hätte, die Tagesordnung abzulehnen, resp. eine andere zu bestimmen, er wollte es jedoch bei der ersten Bestimmung lassen. Mit des Herrn Vorsitzenden hoher Genehmigung gelangte also Freund Zwiabler zum Wort, dessen trefflichen Ausführungen die inzwischen durch massenhaften Zutug von Arbeitern sehr stark gewordene Versammlung mit Aufmerksamkeit und Beifall folgte. Als Zwiabler das Militärgesetz behandelt hatte und auf ein anderes Thema eingehen wollte, wurde er vom Vorsitzenden unterbrochen, der das Verlangen stellte, nun erst über das Militärgesetz zu diskutieren, worauf Zwiabler bereitwilligst einging. Nun förderte der Reichstagsabgeordnete Wöfel eine langweilige declamatorische Glorifizierung der militärischen Erziehung, an denen auch er persönlich teilgenommen habe, zu Tage, durch welche er die ziemlich zahlreiche anwesende Bourgeois in eine Stimmung versetzte, die eine ruhige Fortsetzung der Versammlung nach und nach unmöglich machte. Der Redner beabsichtigte, nachdem er über diesen Punkt geendet, ohne Weiteres auf die indirekten Steuern einzugehen, welche Zwiabler am Anfang seines Referats erwähnt hatte. Dies veranlaßte mich jedoch, den Vorsitzenden Herrn Reichstagsabgeordneten Wöfel an den parlamentarischen Takt zu erinnern, da er ja selbst den Vorschlag gemacht, vorläufig nur über das Militärgesetz zu sprechen, und daß er nun jedenfalls abbrechen müsse, so gut wie Herr Zwiabler. Letzterer erklärte aber meinem Antrag entgegen, daß er eine Widerlegung seiner Ausführungen gerne entgegennehme, falls solche möglich wäre. Der Herr Vorsitzende erwiderte, daß er nun darauf verzichten müsse, worauf Zwiabler die Erklärung abgab, daß der Herr Reichstagsabgeordnete Wöfel nicht im Stande sei, seine Ausführungen zu widerlegen, und darum allein auf's Wort verzichte, worauf Herr Wöfel die Worte: „Die mich kennen werden das wissen“ hervorholte und sich setzte. Der ebenfalls erschienene Landtagsabgeordnete Dr. Witt, der auch mitthäten wollte und sehr ungereimtes Zeug sprach, fiel später mit der Behauptung hinein, daß nach Beseitigung der Wahl- und Schlichtsteuer keine indirekte Steuer mehr erhoben würde. Woher nur diese Weisheit? Hier erinnere man sich, daß „unser Braun“ während Hoffmanns Reichstagsrede über die indirekte Besteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse den Ruf ausstieß: „Die Sozialisten wissen davon nichts.“ Aber diesen Herren ist die Wissenschaft ein Dogma, d. h. ihre Wissenschaft, und wer an diese nicht glaubt, ist jedenfalls ein von den Kaffee-, Salz-, Tabak- u. c. Steuern so dumm gewordener Arbeiter, daß er nicht einmal einen Doctortitel erlangen konnte. Es war wirklich ergötzlich, auf diese Art von Widerlegung die „Gebildeten“ Provokationen zu hören. Wenn die Merseburger Kulturschleier aber behaupten, daß wir dort nie Boden gewinnen werden, so bemerke ich ihnen, daß eine sehr hübsche Anzahl Lassalle'scher Schriften unter die Arbeiter gekommen ist. Es ist also gesät, und zwar in guten Boden, so daß wir reichlich ernten werden, und wahrscheinlich zum großen Aerger der liberalen Brabbanse.

Auf diese „glorreiche Niederlage“ folgte ein entschiedener Sieg in Halle, wo eine Volksversammlung stattfand, die von Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in unserer Stadt sein wird. Die meisten der hiesigen Maschinenfabrikanten hatten die Vereinigung unter sich getroffen, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern. In Folge hiervon wurden Sonnabend Abend die Arbeiter durch die gedruckte Ankündigung überrascht, daß nunmehr von 6—7, statt von 6—6 Uhr, wie bisher, gearbeitet werden müsse. Ein glücklicher Zufall spielte uns ein solches Schriftstück schon einige Tage vorher in die Hände, worauf sofort die besagte Versammlung mit der Tagesordnung: „die elfstündige Arbeitszeit“ anberaumt wurde. Die Maschinenbauer, welche bisher, einzelne Ausnahmen abgerechnet, der Bewegung vollständig fern standen, waren weit entfernt, auf das Anstehen der Fabrikanten einzugehen, und wurden deshalb in vier größeren Fabriken ausgeschlossen. Dieser Vorfall füllte am Abend nicht nur den Saal, sondern auch alle Zugänge und theils den Garten, so daß über 1000 Arbeiter aller Branchen anwesend waren. Nachdem sämtliche Tische und Stühle über die Köpfe der Versammelten hinweg aus dem Lokal entfernt waren, referierten Zwiabler, Werthmann, Bod und ich unter rauschendem Beifall. Kein Rißton hörte die schöne Versammlung und Begeisterung stammte auf jedem Gesicht. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche über 1000 Personen zählende Versammlung spricht sich entschieden gegen das Vorgehen der hiesigen Maschinenfabrikanten aus und erklärt es für unvereinbar mit den Interessen des Arbeiterstandes, bei der allgemeinen Geschäftskrise auch noch eine Ausdehnung der Arbeitszeit einzutreten zu lassen. Es verpflichten sich sämtliche Eisenarbeiter, der Genossenschaft der Metallarbeiter beizutreten.“

Diese Nachbarschaft kann den Liberalen in Merseburg gefährlich werden. Mit sozialdemokratischem Gruß

H. Ködiger.

Arnstadt, Sonnabend, den 8. Mai, tagte im „halben Mond“ eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Der Arbeiterspiegel“. Das Referat hierüber hatte W. Bod aus Gotha übernommen. Derselbe wies zuerst an der Sklaverei des Alterthums und der Pelebenshaft nach, daß es das Bestreben jeder herrschenden Klasse gewesen sei, ihre sozialen und politischen Einrichtungen als die besten, selbst wenn diese auch noch so sehr mit der Vernunft und Menschlichkeit in Widerspruch standen, zu preisen. Kein Wunder, daß auch die heute herrschende Klasse sich bemüht, Alles zu vertuschen und zu verächtlichen, was ihren Glanz in Frage stellen könnte. Ein treffliches Machwerk in dieser Hinsicht sei der „Arbeiterspiegel“ von Harfort, der an Dummheit und albernem Vorurtheil in Bezug auf die Arbeiter nichts zu wünschen übrig lasse. Es wurde dem Referenten leicht, die Angriffe auf die Sozialdemokratie zurück zu weisen und den „Arbeiterspiegel“ einer herben Kritik zu unterwerfen. Die „faulen Knechte“, die sich gern weid betten möchten“, seien ganz wo anders, als unter den Arbeitern zu suchen. Dem Champagnertrinken, dem Schwelgen und Prassen der Arbeiter, wovon Harfort zu erzählen weiß, stellte Referent amtliche statistische Zahlen gegenüber, welche bewiesen, daß die Arbeiter nichts weniger als schwelgen könnten, wohl aber häufig

nicht im Stande seien, die notwendigsten gewohnheitsmäßigen Bedürfnisse zu erschwingen, und verwies er hierbei auf den Thüringer Wald, Sachsen und Schlesien. Die Aeußerung des Finanzministers von Compaussen, daß es 6 1/2 Millionen preussischer Staatsangehöriger gebe, welche ein Einkommen von über 140 Thlr. nicht besäßen, illustrierte die Schwelgerei und Prasserei der Arbeiter am besten. Die Schuld an der Rohheit und Unbildung der Arbeiter, wenn solche vorhanden sei, treffe lediglich diejenigen, die für die Volksschulen und Bildungsanstalten wenig oder gar nichts thun. Ferner weist der Referent an Beispielen nach, daß unter der gebildet sein wollenden Klasse eben so viel, wenn nicht noch mehr Rohheit und Unfittlichkeit existiere, und daß jene Klasse vor allen Ursache habe, in ihren Spiegel zu schauen. Hägerich fordert die Anwesenden auf, dem „Nachricht- und Intelligenzblatt“, das die Interessen der Arbeiter in den Köpfe ziehe, dieselben verhöhe und verleumde, den Rücken zu kehren und nur auf die Arbeiterzeitungen: den „Volkstaat“ u. s. w. zu abonnieren und als Lokalpresse das hiesige „Tageblatt“ zu unterstützen. Hierauf ergriff der Referent noch einmal das Wort und ermahnte die Anwesenden, treu an den Lehren der Sozialdemokratie fest zu halten, da nur durch diese gerechte Verhältnisse herbeigeführt werden könnten. Als Mittel, die sozialistischen Lehren zur Wahrheit werden zu lassen, wies Referent auf die Befragung hin, die man sich dienstbar zu machen habe. Es sei Pflicht jedes Arbeiters, sich mit am das öffentliche Leben zu betheiligen. Zum Schluß geistelte Referent das Verhalten der liberalen Presse, die nie den Rath hätte, ihr Geschriebenes zu vertheidigen. Die Versammlung, von ca. 300 Personen besucht, gab durch Beifall ihre Zustimmung zu den Ausführungen zu erkennen, und wurde dieselbe halb 11 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen. Wir können nicht unterlassen, Herrn Bod für seinen gediegenen Vortrag bestens zu danken und wünschen nur, daß derselbe in Kürze in Arnstadt wieder sprechen möge. Auch ist es der Wunsch vieler, einen von den Reichstagsabgeordneten unserer Partei bei Gelegenheit des Congresses in Gotha in Arnstadt über die Thätigkeit des Reichstages sprechen zu hören.

S. A.: B. K.

München, 2. Mai. Letzten Freitag hielt hier Herr Motzler einen Vortrag über die „gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland und ihren Einfluß auf die arbeitende Bevölkerung“. Durch die Bemühungen und harten Bestrafungen der hiesigen Polizeidirektion von Wirtzen und Pächtern größerer Lokalitäten ist es hier wirklich so weit gekommen, daß Sozialisten einen großen Saal nicht mehr bekommen. Ueberall sagt man ihnen: Ja, ich kann nicht wegen der Polizei. Diese hat auch alle Vereinigungen, die nur ein wenig nach Sozialismus rochen, aufgelöst. Wohl glaubte sie nun, ihr Meisterwerk vollbracht und, weil schon länger eine größere Versammlung nicht mehr tagte, die Sozialdemokraten hier versprengt und verschwinden gemacht zu haben. Aber siehe da, trotzdem daß die Versammlung am einem Freitag — für Arbeiter der ungünstigste Tag — abgehalten wurde, trotzdem das Lokal, Franziskanerkeller, ziemlich außerhalb der Stadt liegt, trotzdem die Versammlung erst in der am selben Tage erschienenen Nummer des „Zeitgeist“ ausgeschrieben und bekannt gemacht wurde, eine vorhergehende Agitation also nicht möglich war und nur unsere Gesinnungsgenossen Mittags oder gar erst Abends 7 Uhr erfuhren, daß um 8 Uhr Versammlung sei, in welcher der alte Kämpfe Motzler sprechen würde, war der Saal gedrängt voll, in den beiden Nebensälen aber standen die Zuhörer pyramidenartig auf Tischen und Stühlen und verharren in dieser Stellung mit nur kurzer Unterbrechung 4 Stunden lang. Wir glauben nicht zu hoch zu greifen, wenn wir die Zahl der Zuhörer auf mindestens 800 Mann schätzen. Auch Freund Schret*) waltete seines Amtes als überwachender Beamter. H. Riefer wurde zum 1., Dehne zum 2. Vorsitzenden, Ernst zum 1., Kottmann zum 2. Schriftführer erwählt. Herr Motzler wies in seinem ersten Vortrage Angesichts der heutigen politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands die Berechtigung der sozialistischen Forderungen nach, und nachdem er hervorgehoben hatte, daß die Tagesordnung mit Berücksichtigung von Deutschland allein, das doch nur ein Glied ist in der Kette des heutigen modernen Staates, nicht gelöst werden könne, ging er auf die politischen und sozialen Verhältnisse im Allgemeinen selber näher ein. Reichen Beifall erntete dieser klare Vortrag. Herr Eckstein ermahnte die Arbeiter, sich von den augenblicklichen Verhältnissen Bayerns nicht beirren zu lassen, obgleich der sogenannte Kleinwerbestand noch was gelte. Nach einer Pause ersuchte Riefer, da kein Segner sich gemeldet, Herrn Motzler, über die Thätigkeit des deutschen Reichstags einigen Aufschluß zu geben, worauf auch Herr Motzler namentlich über den Reichshaushalt-Etat, Landsturmgesetz, Bank- und Quartierentschädigungsgesetz eingehende und interessante Ausklärungen gab; die Mittheilungen über den Dispositionsfond des Reichskanzleramtes waren geradezu bestrebend. Herr Riefer dankte Namens der Arbeiter Herrn Motzler für seine aufopfernde Mühe und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie. Die Stimmung der Münchener Parteigenossen ist eine äußerst gute und begeisterte und ihre Aufopferungsfähigkeit hat erschütternde Beweise dafür geliefert. Zur Aufrechterhaltung der noch nie gestörten „öffentlichen Ruhe und Sicherheit“ war eine genügende Anzahl Gensdarmen unter Führung eines Brigadiers aufmarschirt. Unterdessen wurden aber in dem höchstens 10 Minuten entlegenen „Zweibrüden-Hofe“ zwei Menschen (wie wir hören ein Schmiedegessele und ein Bichtreiber) erstochen. Dort wären die Sicherheitsmänner am Plage gewesen.

Barmen, 14. Mai. Viertausend und achtzehn Stimmen für Bebel sind, so meinen wir, auch eine Majorität innerhalb einer Wählerchaft wie sie Leipzig aufweist. 4018 sozialdemokratische Stimmen unter 12,952 Wählern, welche nicht sozialdemokratisch erzogen sind, das nennen wir ein gutes Resultat. Denn zur Verfechtung des Sages: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gehört Lieberzeugung, Muth und Charakterstärke. Durch welchen Berg aufgehäuften Wustes, erbärmlicher Borurtheile und Ueberlieferungen muß sich nicht die von uns vertretene Menschheitsfrage durcharbeiten, um zum Ziele zu gelangen? Egoismus, Gesinnungslosigkeit und Dummheit, Spitzböigkeit und Plattböigkeit, das sind die Hindernisse, welche zu bekämpfen sind und gegen welche ja Götter vergeblich kämpfen! Kein Wunder wahrlich, wenn nicht Alle gleich einer Sache zujauchzen, welche Bestandnäh, zähes Festhalten und preisgeben persönlicher Vortheile bedingt und deren Consequenz die Anhänger in strenges Gesetz und Pflicht nimmt.

Gehört denn nicht etwa Ueberzeugung dazu, einem Manne die Stimme zu geben, welcher scheinbar in der öffentlichen Meinung verloren hat, indem sich hinter ihm kürzlich erst die Thüren des Gefängnisses geschlossen haben? Aber trotzdem und alledem! Gerade deshalb gaben die wackeren Genossen Leipzigs ihrem Freund die Stimme, um zu beweisen, daß die Sache der Sozialdemokratie

*) Der beste Sozialistenfreund rathreichen Angeblenden. Wir besäßen sein Bild in unserem Album großer Polizeigenies, zu welchem wir einen Commentar vorbereiten.

keine Eintagsfliege und nicht durch Zwang und Druck todt zu machen ist. Je mehr Druck und Hülniß, desto mehr Leben. Tragen wir die Summe von 4018 demokratischer Stimmen gewissenhaft in das Culturampf-Conto ein; die sozialistische Bilanz wird sicherlich nicht ungünstig ausfallen, trotz Hubertusburg, Zwickau, Blößensee und wie die Bastillen des „neuen“ Deutschlands alle heißen mögen!

Frankfurt a. M., 15. Mai. In der allgemeinen Sozialisten-Versammlung am 12. Mai wurde die Organisation der deutschen Arbeiterpartei beraten. Herr Carl Klein aus Eberfeld beantragte, zu verlangen, daß der 1. und 2. Vorsitzende des Vorstandes, statt auf dem Congress, von allen Parteigenossen direkt gewählt werden sollen. Der Antrag wurde angenommen. Ferner waren zwei Delegirte für den Einigungs-Congress zu ernennen. Vorge schlagen wurden: Klein, Prinz, Beyer, Sabor und Opificius. Von Herrn Klein wurde Prinz warm empfohlen, Opificius verzichtete zu Gunsten Sabor's und ersuchte, für diesen zu stimmen. Es erhielten Stimmen (durch Zettel): Klein 118, Prinz 106, Sabor 74 und Beyer 15. Klein und Prinz sind somit die hiesigen Delegirten. Die Versammlung war übrigens sehr schwach besucht, besonders waren die (früheren) Mitglieder der vorläufig geschlossenen sozialdemokratischen Arbeiterpartei leider nur in geringer Zahl anwesend, so daß auch die meisten der für Sabor abgegebenen Stimmen solche von (früheren) Mitgliedern der geschlossenen Allg. deutschen Arbeitervereine waren.

Wandsbek, 23. April. Gestern Abend fand hieselbst eine von beiden Fraktionen einberufene Volksversammlung statt, in welcher die Herren R. Wolf und B. Richter über „die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Arbeiter-Fraktionen“ sowie über das Programm und die Organisation der „deutschen Arbeiterpartei“ referirten. Ins Bureau wurden gewählt Unterzeichner als erster, Herr Sievers als zweiter Vorsitzender und Herr C. Kloth als Schriftführer. Herr Wolf erörterte in anderthalbstündiger Rede das Programm der deutschen Arbeiterpartei und einen Theil der Organisation derselben unter Beifall der Versammlung, und forderte am Schluß seiner Rede die Anwesenden auf, eine Resolution zu Gunsten der Vereinigung auf Grundlage des Programms der deutschen Arbeiterpartei anzunehmen.

Hierauf erhielt Herr Richter als zweiter Referent das Wort. Derselbe sprach sich gleichfalls unter Beifall der Versammlung für die Vereinigung aus, war aber der Ansicht, daß das Prinzip Lasalles durchaus aufrecht erhalten werden müsse, und glaubte sich dem Programm in dem Punkt der direkten Gesetzgebung durch das Volk nicht anschließen zu können, glaubte aber, daß der gute Wille zur Vereinigung auf beiden Seiten gleich fest sei, und dann werde die Vereinigung zur Thatsache werden. Eine von Herrn Span-da u eingebrachte Resolution, dahin lautend, daß eine Vereinigung nur streng nach Lasalles Prinzip stattfinden möge, wurde, nachdem Herr Wolf sich abtrübend gegen die Resolution ausgesprochen, von dem Antragsteller zurückgezogen, ebenso zog Herr Wolf seine Resolution zu Gunsten einer von Herrn Richter eingebrachten juristisch, welche lautete: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen vollkommen einverstanden und begrüßt dieselbe mit Freuden.“ Die Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen und hierauf die Versammlung geschlossen.

Julius Köhler.

Briefkasten
B. Hartmann in Hamburg: Hast Du meinen Brief betreffs der Uebersetzung des Bakst-Schulze-Vertrags nicht erhalten? Warum keine Antwort?
Paul Kersten.
Daitung
der Expedition. B. Fritsch hier Schr. 11.30. U. Auerschieh Schr. 3.00. Ryn Niesch Schr. 11.00. J. F. Troppan Schr. 3.00. Schman Berlin Ad. 60.00. J. Breslan Ann. 2.40. Edwig hier Schr. 0.85. Ernn Frankfurt Schr. 1.10. F. Drisc Ling Schr. 5.50. Schuhm.-Gew. Halle Ann. 1.50. Rudrd Reudnitz Ad. 0.60. Hblch hier Ad. 3.00. Gewerksch. der Holzarb. hier Ann. 2.70. Gewerksch. der Manuf.-Arb. Berlin Ann. 3.95. Landst. Barmen Schr. 7.30. F. Rimm Hannover Ad. 56.00. Schr. 34.22. Wittsch.-Gewerkschaft Hannover Ann. 0.60. B. Hermann Magdeburg Schr. 5.75.

Zum Wahlfond.
B. Liste 28 Rutschmann hier 7.76, Liste 2 Schälge hier 3.10, Liste 5 Krieh 3.30, Liste 9 Hadlich 1.00, Liste 13 Ehrlich 8.00, Liste 10 Künzel 13.00, Liste 26 Hahnsch 2.80, Liste 15 Hoff 1.75, Liste 18b Schmeide der bair. Bahn 6.40, Liste 18a Schulze 10.25, Liste 33 C. Müller 8.40, 3. Fent Magdeburg 3.00.

Fond für Ormafregelle.
B. Turnern des Arbeiterbildungsvereins in Leipzig 9.00, v. Rnh Reudnitz 0.20.

Für die Hinterbliebenen Jord's.
B. D. Leipzig 15.60.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilsscheine bez. Antheilquantitäten ertheilen ferner: In Leipzig F. G. M. 90.00, in Barmen B. G. 150.00, in Brüssel L. P. 90.00.

Augsburg Samstag, den 22. Mai:
Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Berammlung
der hiesigen Mitglieder bei Bierbräner Linder (früher Blossfeld).
L. Tauscher. [60]

Hamburg Verband der Klempner und verw. Berufsgenossen.
Sonnabend, den 22. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Schoppenfest 22:

Geschlossene Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung. Innere Vereinsangelegenheiten.
Alle Mitglieder müssen erscheinen. L. Stoffel, Bev. [80]

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 22. Mai: Versammlung Windmühlenstraße 7. — Tagesordnung: Soziale Uebersicht. Referent Martin. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Bev. [40]

Malergehilfen (D. 3407)
nach H. Erbe, Schwaibacher Straße 22, Wiesbaden. (106) [75]

Die Abrechnung über die Reichstagswahl wird in nächster Nummer erfolgen. Diejenigen Parteigenossen, welche noch Sammellisten abzuliefern haben, bitten wir dies schleunigst zu bewirken. Ferner ersuchen wir diejenigen Parteigenossen, welche noch Ansprüche auf Entschädigung für Dienstleistung zu machen gedenken, sich am Freitag Abend im sozialdemokratischen Arbeiterverein einzufinden.

Für das Wahlkomitee: W. Fink.

Verantwortlicher Redakteur: G. Rindl.
Redaktion Hofstr. 4, Expedition Reiterstr. 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.